

Heribert Brauckmann
Fraktionsvorsitzender



Stadt Meckenheim
Ratsbüro

Per Mail

FDP Fraktion
Rat der Stadt Meckenheim

Dürerstr. 55, 53340 Meckenheim
0178 66 88 919
brauckmann-h@t-online.de
FDP@Meckenheim.de
Kontakt@FDP-Meckenheim.de
fdp-meckenheim.de

Meckenheim, 08.04.2024

Antrag zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Demografie, Integration und Inklusion am 24.04.2024 zur „Bezahlkarte“.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP Fraktion im Rat der Stadt Meckenheim stellt den Antrag, der Ausschuss für Soziales, Demografie, Integration und Inklusion möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Antrag entscheiden:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises einzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für dieses neue, vorbildhafte interkommunale Kooperationsprojekt zu prüfen und zu beantragen, beispielsweise Mittel aus der Förderung interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ) NRW.

Begründung:

Die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der Länder und der Bundeskanzler haben sich mit Ausnahme von Bayern und Mecklenburg-Vorpommern auf eine bundesweit einheitliche Einführung von Bezahlkarten für Asylsuchende geeinigt. Ein Teil der staatlichen Leistungen soll künftig auf einer Bezahlkarte und nicht mehr als Bargeld ausgezahlt werden. Mit der Einführung soll der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen gesenkt, die Möglichkeit Geld aus

staatlicher Unterstützung an Herkunftsländer zu überweisen unterbunden und dadurch insbesondere die menschenverachtende Schlepperkriminalität eingedämmt werden. Die Landesregierung hat sich dennoch gegen eine flächendeckende Einführung durch das Land NRW ausgesprochen. Stattdessen sind in NRW nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) die Gemeinden für die Durchführung des AsylbLG zuständig. Hierunter fällt nach § 3 AsylbLG auch die Art der Auszahlung sowie in NRW bislang gemäß § 2 AsylbLG NRW die Kostentragung. Aufgrund dessen plant die Kreisverwaltung keine Einführung der Bezahlkarte für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises.

Die Diskussion um die Bezahlkarte wurde durch eine Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion im Rhein-Sieg-Kreis angestoßen, die sich nach den Plänen zur Einführung im Rahmen eines Pilotprojektes erkundigte. Die Kreisverwaltung verwies auf die Zuständigkeit der Gemeinden und die anstehende bundeseinheitliche Lösung als Begründung für das Fehlen eines eigenen Projekts.

Daher halten wir eine Einführung der Bezahlkarte in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises für sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Heribert Brauckmann